

Professor Kurt Hager

Wir haben gebauet ein stattliches Haus...

Rede auf dem Wartburgtreffen der Jugend und Studenten

(Fortsetzung von Seite 3)

In der westdeutschen Bundesrepublik stehen die Arbeitskräfte noch immer da, wo sie bereits 1909 standen, vor den Toren der höchsten Bildungsstätten. Selbst in Kreisen bürgerlicher westdeutscher Wissenschaftler wird dieser Zustand als „Modernitätsrückstand“ empfunden — eigentlich eine treffende Charakterisierung für das etatsmonopolcapitalistische Herrschaftssystem.

Als wir die Tore der Hochschulen den Kindern von Arbeitern und Bauern öffneten, rief das bei manchen Gutgesinnten Zweifel und bei unseren Feinden Hohn hervor. Heute belächelt uns niemand mehr, die Leistungen unserer von Arbeiter- und Bauern-Söhnen erzogenen und ausgebildeten Intelligenz sind lebendiger Beweis für unsere richtige und erfolgreiche Politik. Im Frieden das Beste für sein Vaterland geben, forderten die Burschenschaftler von 1917.

Im Sozialismus ist das eine grundlegende Forderung der Gesellschaft an jeden jungen Menschen und zugleich der Wille der jungen Generation. Die Jugend unserer Republik nimmt diese ihre große Verantwortung zur Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft immer besser wahr; die Jugendpolitik von Partei und Regierung findet in den hervorragenden Leistungen unserer jungen Generation tagtäglich ihre Bestätigung.

Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte den Universitäten und Hochschulen die Aufgabe, modernere Ausbildungsinhalte und Studienformen auszuarbeiten. Die Tätigkeit von über 600 wissenschaftlichen Studentenzirkeln und die Einbeziehung von über 30 Prozent aller Studenten in die Forschungsarbeit der Institute beweisen die Fortschritte, die wir in den letzten Jahren in der Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit erreichen konnten. Die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studenten hat sich als ausgezeichnetes Mittel erwiesen, theoretische Ausbildung und praktische Teilnahme an der Vollendung des Sozialismus zu vereinen, wissenschaftliche Hochleistungen zu erreichen, die Einstellung der Studenten zum Studium zu verändern, das selbständige, schöpferische Denken und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln.

Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders die Initiative der Studenten und jungen Wissenschaftler des Philosophischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig hervorheben, die die Studenten und jungen Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Wettbewerb zu Ehren des 150. Geburtstages von Karl Marx aufgerufen haben, der im Mai 1968 mit einer zentralen Ausstellung der besten Ergebnisse abgeschlossen werden soll.

Dieser Wettbewerb wird von Erfolg gekrönt sein, wenn die Hochschullehrer und Studenten zusammenarbeiten, um die neuen Bedingungen bei der Gestaltung des entwickelten sozialistischen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wissenschaftlich zu durchdringen und mit den Ergebnissen ihrer Forschungsarbeiten Teilprobleme dieses Prozesses zu lösen.

Sozialismus, Wissenschaft und Jugend



Foto: Zentralbild

sind in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu einer unersättlichen Elabbelt zusammengewachsen.

Wir sind es gewohnt, die fortschrittlichen Traditionen der Geschichte zu ehren und an ihrem Vorbild uns zu messen. Aber fortschrittliche Traditionen zu wertschätzen bedeutet für uns nicht, sie kritisch zu überdenken. Wir sind weit davon entfernt, die Urburschenschaft, wie es eine bestimmte nationalistische bürgerliche Geschichtsschreibung getan hat, zu heroisieren. Die Urburschenschaft hatte Schwächen, die wir nicht übersehen können. Ideologisch war sie in einer engstirnigen Deutschmeierei befangen: einer Deutschmeierei, die — wie Friedrich Engels mit Recht betont hat — in einer Sackgasse endete. Die Hauptströmung der alten Burschenschaft lag vor allem in ihrer schließlichen oder zu geringen Verbindung mit den Volksmassen. Und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zwischen Bürgern und Studenten im Kampf gegen den Feudalismus ist von den meisten Studenten gar nicht erkannt worden.

Aber diese Schwächen, historisch bedingt und erklärbar, werden überlagert von dem grundsätzlich positiven Gehalt dieser alten Burschenschaftsbewegung. Es war kein Zufall, daß die Fahne des Wartburgfestes, Schwarz-Rot mit Gold verziert, zur deutschen Trikolore der bürgerlich-demokratischen Revolution wurde. Diese Traditionen einer vorwärtsweisenden, gegen den Feudalismus kämpfenden bürgerlichen Jugendorganisation gehören uns. Keinen Anspruch auf diese Traditionen aber hat jene studentische „schlagende Verbindung“ der Bundesrepublik, die heute den Namen „Burschenschaft“ führt. Sie steht in einer durch und durch reaktionären Tradition.

Tatsache ist, daß die Burschenschaft nach 1918 ihre eigenen schwarz-rot-goldenen Farben verlor und sich zum Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreiches bekannte. Sie erstarrte für ihre jahrelange systematische Vorarbeit 1933 im Dank der Faschisten und wurde als einziger deutscher Studentenverband 1935 in den faschistischen deutschen Studentenbund übernommen.

Und heute hat sie nichts, aber auch gar nichts aus dieser ihrer Vergangenheit gelernt. Als einer der aggressivsten Vertreter der Bonner Alleinvertretungsanmaßung innerhalb der Studentenschaft ergeht sie sich in wütender Hetze gegen die bedeutendste Leistung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte auf deutschem Boden: die Deutsche Demokratische Republik. Mit diesem Hetzen hat unsere heutige Veranstaltung nichts zu tun — sie sind für uns kein Gesprächspartner!

Die wirklichen Erben und Fortsetzer der fortschrittlichen und humanistischen Traditionen unserer Nation — auch der Urburschenschaft und des Wartburgfestes von 1817 — sind in Westdeutschland heute jene, die gegen die Unmenschlichkeit der USA-Aggression in Vietnam, gegen die aggressive Alleinvertretungsanmaßung, gegen atomare Aufrüstung, gegen Revisionismus und Notstandsgesetze auftraten. Zu diesen Kräften gehören auch progres-

sive Vertreter der Hochschullehrer und Studenten. Die demokratische Bewegung der westdeutschen und Westberliner Studenten kann ihre jetzigen Grenzen überwinden und zu größeren Erfolgen gelangen, wenn sie die Isolierung von der Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Kräften beseitigt und dazu beiträgt, ein gemeinsames Aktionsprogramm aller demokratischen Kräfte zu schaffen.

Wir können verstehen, daß unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik dem Volk der richtige Blick in die Geschichte verwehrt und das Vertrauen zur Geschichte genommen werden soll.

Doch wir vertreten eine grundsätzlich andere Auffassung und stellen sie mit unserer heutigen Manifestation erneut unter Beweis.

Wir haben das Geschichtsbewußtsein unserer Bürger, ganz besonders unserer Jugend, für eine große Kraft, ohne die wir die Gegenwart und Zukunft nicht gestalten könnten. Für uns war und ist zu allen Zeiten der Mensch als tätiges Glied der Gesellschaft und in dialektischer Wechselbeziehung zur Gesellschaft das Maß aller Dinge. Der Mensch hat an allen Zeiten, wenn auch mit unterschiedlichem Bewußtseinsgrad, Geschichte gemacht, und er wird dies auch weiter tun.

Es sind nunmehr 50 Jahre vergangen, seitdem die Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, als Wissenschaft, als Theorie erstmals in der Praxis seine Bestätigung fand. Von diesem historischen Datum an stellt jeder Tag erneut unter Beweis, daß einzig und allein dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei und im Bündnis mit allen anderen Werktätigen die Machtfrage zu ihren Gunsten entschieden hat, Sicherheit und Frieden für das Volk garantiert werden können.

Fast auf den Tag genau, 100 Jahre nach dem ersten Wartburgfest der deutschen Burschenschaften hat die Große Sozialistische Oktoberrevolution der Menschheit das Tor zu einer neuen Epoche ihrer Geschichte aufgemacht. Das war nicht Zufall, sondern historische Gesetzmäßigkeit. Heute ist der Sozialismus bereits lebendige Wirklichkeit, auch in einem Teil Deutschlands.

Als die Blütenkränze der Urburschenschaft in der Finsternis der Reaktion verwelkten schrieb Bismarck jenes schwerwichtige Lied, das mit den Worten begann: „Wir hätten gebauet ein stattliches Haus...“

Wir aber, die Teilnehmer des Wartburgfestes 1967, die wir uns unter der schwarz-rot-goldenen Fahne mit den Symbolen der friedlichen Arbeit versammelt haben, wir wollen sagen: Wir haben ein stattliches Haus.

Wir werden dieses Haus, unsere Deutsche Demokratische Republik, gegen alle Stürme schützen. Denn hier werden Einheit und Brüderlichkeit geübt und hier findet die Jugend die Verwirklichung ihrer Ideale.

Das Ringen der Völker um Frieden und internationale Sicherheit hat lange Traditionen. Es trat vor 50 Jahren mit der Machtergreifung durch das revolutionäre russische Proletariat in ein neues Stadium. Von diesem Zeitpunkt an besaß dieses Ringen eine staatliche Basis in Gestalt der Sowjetmacht. Am 20. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ergibt sich u. a. die Bilanz:

50 Jahre Sowjetmacht — 30 Jahre Kampf um Frieden, internationale Entspannung, Sicherheit und Abrüstung.

Bereits auf dem II. Sowjetkongress referierte Lenin über die Frage des Friedens und begründete das westhistorisch gewordene „Dekret über den Frieden“.

„Beendigung der Kriege, Frieden unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt — das ist fürwahr unser Ideal.“ (W. I. Lenin, Werke, B. II, Berlin 1960, S. 293).

Lenin hob eindringlich die Notwendigkeit des Friedens für den erfolgreichen Aufbau des Sowjetlandes hervor:

„Was wir am meisten brauchen, ist die Erhaltung des Friedens, damit wir die volle Möglichkeit erlangen, alle Kräfte zur Wiederherstellung der Wirtschaft einzusetzen.“

(Zitiert nach Geschichte der KPdSU, Berlin 1960, S. 451)

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war durch große Anstrengungen der Sowjetunion gekennzeichnet, durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit, durch allgemeine oder teilweise Abklärung die friedliche Koexistenz durchzusetzen.

Die sowjetischen Friedensbemühungen verzweifelten sich insbesondere in den 30er Jahren, als das militaristische Japan im Fernen Osten den

50 Jahre Sowjetmacht 50 Jahre Kampf um internationale Entspannung Sicherheit und Abrüstung

Weg der Aggression beschritt und als sich das faschistische Deutschland in Europa zum Hauptkriegsverursacher entwickelte. Allerdings blieben Frieden und Sicherheit nicht nur von der Sowjetunion ab, sondern in sehr hohem Maße auch von der Haltung der westlichen imperialistischen Großmächte (USA, Großbritannien, Frankreich) gegenüber der friedensbedrohenden faschistischen Gefahr.

Bekanntlich zeigten die Regierungen dieser Staaten, mit zeitweiliger Ausnahme Frankreichs, sehr wenig Interesse, mit der Sowjetunion bei der Sicherung des Friedens zusammenzuarbeiten. Vielmehr ließen sie alles, um das faschistische Deutschland zur Aggression gegen die Sowjetunion zu ermuntern. Sie wollten auf diese Weise die zwischen ihnen und den aggressivsten imperialistischen Mächten sich verschärfenden Widersprüche auf Kosten der Sowjetunion lösen.

Dadurch wurde die Erhaltung des Friedens unmöglich gemacht. Es versteht sich von selbst, daß die Friedenspolitik der Sowjetunion nicht mit bürgerlichem Pazifismus gleichzusetzen ist.

Bestandteil der Friedenspolitik der

USSR waren und sind stets die Bereitschaft und die Fähigkeit, einem eventuellen Aggressor vernichtende Schläge zu versetzen. Die Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik trugen und tragen auch heute der gegenwärtigen internationalen Lage voll Rechnung.

„Kennzeichnend für die Haupttendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage ist auch weiterhin das Wachstum der Kräfte des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus. Wir dürfen aber nicht übersehen: Gleichzeitig werden durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus alle Widersprüche und Gegensätze im Herrschaftsbereich des Imperialismus verschärft. Das führt zu einer Steigerung der Aggressivität der Imperialisten, zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen und zu einer Zunahme der Kriegsgefahr.“

(W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 19)

Die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik wurden auf dem

XXIII. Parteitag der KPdSU wie folgt präzisiert:

Sicherung friedlicher äußerer Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus;

maximale Stärkung der Einheit, der Macht und des Einflusses des sozialistischen Weltsystems;

volle Solidarität mit den kolonial unterdrückten Völkern und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung und der jungen Nationalstaaten;

Kampf für die friedliche Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten, für die Sicherheit der Völker, für die Verhütung eines neuen Weltkrieges, für die Sicherung des Weltfriedens.

Ist das sozialistische Weltsystem die Hauptkraft, die die aggressivsten imperialistischen Kräfte, vor allem den USA-Imperialismus und den westdeutschen Imperialismus, bisher erfolgreich daran hinderte, einen atomaren Weltkrieg zu entfesseln, so kommt innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft dem Warschauer Vertrag in diesem Zusammenhang eine hervorragende Bedeutung zu.

Die militärischen Potenzen der stärksten Militärbündnisse der Erde, insbesondere die mächtige Schlagkraft der Sowjetarmee und die feste Geschlossenheit der Reihen der Warschauer Vertragsstaaten, stellen bisher in Europa die imperialistischen Kriegstreiber vor militärischen Abenteuerern abstand nehmen und sicherten unserem Kontinent seit nunmehr 32 Jahren den Frieden.

Eindringlich warnte Leonid Brezhnev, Generalsekretär des ZK der KPdSU, die Hauptfeinde der europäischen Sicherheit, die westdeutschen Imperialisten und Militaristen, vor den Versuchen, ihre expansiven Pläne zu verwirklichen.

Er erklärte in seiner Rede vor Absolventen der sowjetischen Militärakademie: „Die wahrhaftigen Pläne der Bonner Bevandten werden aber niemals in Erfüllung gehen! Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder — die Teilnehmer am Warschauer Vertrag — haben bereits wiederholt bekräftigt, daß sie die brüderliche DDR nicht im Stich lassen werden. Wir werden auch künftig die DDR unterstützen und sie vor jeglichen Angriffen der Imperialisten schützen. Wir werden sie fest und entschlossen und, falls notwendig, mit all unserer Macht verteidigen.“ (ND vom 6. Juli 1967)

Vom Dekret über den Frieden über die Bemühungen zum Abschluß eines Vertrags über das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen an andere Staaten bis zu den jüngsten Vorschlägen Außenministers Gromyko vor der 22. UNO-Vollversammlung über den Abschluß einer Konvention zur Nichtanwendung von Kernwaffen und der Begriffsbestimmung der Aggression reicht die konstruktive sowjetische Außenpolitik, die auch bei real denkenden bürgerlichen Staatsmännern und in den Volksmassen der kapitalistischen Länder eine immer stärkere Resonanz findet.

Die o. a. Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik finden die volle Billigung und Unterstützung seitens der DDR.

„Die Außenpolitik der DDR hält den festen Kurs der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Staat der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Sowjetunion, wie auch mit den anderen, brüderlich mit uns verbundenen Gliedern, der großen sozialistischen Staatenfamilie, insbesondere mit den Staaten des Warschauer Vertrages.“

Der europäischen Sicherheit dient auch der von Willi Stoph im Auftrage des Ministers der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler Kiesinger am 18. September 1967 überreichte Entwurf eines Vertrags über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.

Die bräunliche Ablehnung der Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch die Regierung in Bonn wird wiederholt: Das Kriterium für die Bonner Außenpolitik kann nicht die Phrasologie über die sogenannte neue Ostpolitik sein, sondern einzig und allein die Frage der Anerkennung der DDR oder die Beibehaltung der Alleinvertretungsanmaßung. Ungeachtet aller Störversuche seitens des westdeutschen Imperialismus werden die Werktätigen unserer Republik an der Seite der Sowjetunion unbeirrbar ihren Weg fortsetzen und beherrschend an der Vollendung des Sozialismus in der DDR arbeiten.

H. Edelmann, Dipl.-Lehrer für Marxismus-Leninismus